

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909**

16.7.1909 (No. 191)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 16. Juli

No 191

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1909

## Amtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog** haben sich unter dem 25. Juni d. J. gnädigst bemogen gefunden, dem Steuereinnahmer Karl Bösel in Käferthal die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog** haben sich unter dem 7. Juli d. J. gnädigst bemogen gefunden, dem Bezirksarzt, Geheimen Medizinalrat Dr. Franz Neumann in Baden das Ritterkreuz Höchstehres Ordens Verthold des Ersten zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog** haben unter dem 11. Juli d. J. gnädigst geruht, den Bezirksarzt, Geheimen Medizinalrat Dr. Franz Neumann in Baden, auf sein untätigstes Ansuchen wegen leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 18. Mai d. J. Nr. B. 6433 wurde Reallehrer Friedrich Kemm an der Realschule in Bruchsal in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium Bruchsal versetzt.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unter dem 14. Juli 1909 den Aktuar Karl Adler beim Notariat Schönau i. W. seinem Ansuchen entsprechend aus dem Staatsdienst entlassen.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Der Kanzlerwechsel.

Fürst Bülow über seinen Rücktritt.

In einer Unterredung mit dem Chefredakteur der „Samb. Corresp.“, Felix v. Scharf, erklärte dem Hamburger Blatte zufolge der Fürst u. a., daß er nach seinem Rücktritt politische Kundgebungen an die Öffentlichkeit vermeiden werde. Er hätte es für eine Unruhe gehalten, wenn er dem Wunsch des Kaisers, bis nach Erledigung der Reichsfinanzreform im Amt zu bleiben, nicht nachgegeben wäre; nur dieser Wunsch, nicht etwa Rücksicht auf den Reichstag und die Parteien hätten ihn zum Weichen bestimmt. Wenn es nicht für richtig gehalten habe, so fuhr er fort, dem Kaiser die Auflösung vorzuschlagen, so haben mich sachliche Gründe bestimmt. Ich möchte andere Erwägungen folgen als der Parteimann. Ich konnte mich nicht für einen Wahlkampf begeistern, der nach rechts hätte geführt werden müssen und zum notwendigen Ergebnis eine gar nicht abzuschätzende Verstärkung des Radikalismus und speziell der Sozialdemokratie gehabt hätte. Die Auflösung hätte zudem eine Verschärfung der Reichsfinanzreform zur Folge gehabt, und niemand weiß mehr als ich, wie sehr die Einzelstaaten die enbliche Erledigung der Sache herbeisehnten, wie außerordentlich sie unter einer weiteren Verzögerung zu leiden gehabt hätten. Und dann: hätte denn ein im Kampfe gegen rechts zusammengebrachter Reichstag eine Mehrheit für eine im Sinne der Reichsregierung brauchbare Reform zur Verfügung gestellt? Vom Standpunkt der Befürworter der Auflösung wäre gütigstfalls eine liberal-sozialdemokratische Mehrheit zu erwarten gewesen. Von einer solchen Mehrheit hätten wir 400 Millionen indirekter Steuern nicht erhalten können. Nach Lage der Dinge konnte in diesem Augenblick die Auflösung für die verbündeten Regierungen nicht in Frage kommen. Niemand bedauert tiefer als ich, daß die Erweiterung der Erbschaftsteuer gefallen ist. Die Folgen der Ablehnung dieser vernünftigen und gerechten Steuer werden sich in ernster Weise bemerkbar machen. Der Fürst sprach dann über die Haltung der einzelnen Parteien und sagte dabei u. a. Wenn die Konservativen jetzt erklären lassen, sie hätten die grundsätzliche Ausschaltung des Zentrums für einen politischen Fehler gehalten, so kann damit nur die Wodpolitik gemeint sein. Denn den politischen Fehler der grundsätzlichen Ausschaltung des Zentrums habe ich nie begangen. Wenn aber die Konservativen die Wodpolitik für einen Fehler gehalten haben, so verstehe ich nicht, warum sie zweieinhalb Jahre hindurch diese Politik mitgemacht und durch Stellung des ersten Präsidiums im Reichstag sanktioniert haben. Ich vermag ... politische Logik und Konsequenz nicht zu entdecken. Aus ihrer Abneigung gegen die Erbschaftsteuer haben die Konservativen allerdings von vornherein kein Hehl gemacht. Das war ihr gutes Recht, das ihnen niemand bestreitet und niemand verübelt. Aber daß sie sich gleich zu Anfang der Beratungen mit solcher Starrheit festgelegt haben, das war auch vom Standpunkt der Partei, nach meiner Überzeugung, ein schwerer Fehler. Ja, wenn es sich um Hauptpunkte des konservativen Programms gehandelt hätte, um Glaubensfragen, um Schul- und Kirchenfragen, um Kronrechte, um die Fundamente von Heer und Flotte, oder um Stellungnahme gegen ein Radikalisiertes des preussischen Wahlrechts, oder wenn es sich um die Grundlagen der Reichs- oder Landesverfassung gehandelt hätte, dann wäre die Haltung der Konservativen verständlich gewesen. Aber die Ausschaltung der Erbschaftsteuer, deren Prinzip sie ja schon anerkannt hatten, ist nicht eine Frage, die konservativen Grundzüge berührt, von

der Sein oder Nichtsein der konservativen Partei abhängt. Diese Frage ist künstlich aufgeworfen worden. Und wenn man jetzt nachträglich das Prinzip des Reichstagswahlrechts in diese Debatte wirft, in einem Moment, wo man den Massenkonsum erheblich belastet, so fürchte ich, hat man nur Wasser auf die sozialdemokratischen Agitationsmühlen geleitet. Diese Haltung kann der Ausgangspunkt einer Entwicklung werden, die erbitterte Parteigegeßel schafft, unnatürliche Parteigruppierungen hervorruft, für das Wohl des Landes nicht zuträglich ist. Fürst Bismarck hat mehr als einmal gesagt, ob eine politische Aktion richtig sei oder nicht, lasse sich meist nicht im Moment, sondern erst einige Jahre später beurteilen. Das gilt auch für die Aktion, welche die Führer der konservativen Partei jetzt gegen mich in Szene gesetzt haben. Ob sie richtig und für das Land erprießlich war, wird sich bei den nächsten Wahlen zeigen. Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich die Sozialdemokratie nicht nur in ihren Führern rednerisch überwinden, sondern ihr eine schwere, praktisch und politisch bedeutungsvolle Wahl Niederlage beigebracht habe. Indem die Fraktion von 80 auf 40 Sitze heruntergedrückt wurde, ist der Beweis geliefert worden, daß die Sozialdemokratie auch ohne Ausnahmegesetze und Polizeimaßregeln bekämpft und besiegt werden kann. Wir werden sehen, ob dies bei den nächsten Wahlen wieder gelingt. Auf den Hinweis, daß in der konservativen Presse behauptet werde, das Abschiedsgesuch des Fürsten Bülow sei nicht gerechtfertigt gewesen und die Konservativen hätten ihn nicht gestützt, betonte Fürst Bülow, daß zwischen ihm und dem Kaiser kein Mißverständnis, kein Mißklang irgendwelcher Art bestehe. Daran knüpfte er folgende Ausführungen: „Für mich ist das Urteil meines Königs und Kaisers über mein Verhalten maßgebender und wichtiger, als solche schiefen Auffassungen. Und ich kann Ihnen sagen, daß Seine Majestät die Gründe meines Rücktritts vollkommen gewirbt und gebilligt hat. Zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und mir besteht kein Mißverständnis, kein Mißklang irgend welcher Art. Natürlich kann auch keine Partei einen Minister „stürzen.“ Die Ernennung wie die Entlassung der Minister hängt verfassungsgemäß lediglich von der Krone ab. Es können aber Situationen entstehen, wo ein Minister, der Überzeugungen hat und es ernst mit seinen Überzeugungen nimmt, nicht im Amte bleiben kann. Daß eine solche Situation für mich entstehen konnte, darauf habe ich die Konservativen rechtzeitig hingewiesen, im Reichstage und unter vier Augen, offen und ehrlich, in einer Weise, die jeden Zweifel ausschloß. Man scheint den Eindruck dieser Vorgänge dadurch abschwächen zu wollen, daß man es so hinstellt, als hätte ich auch schon bei früheren Vorschlägen und Vorgesprächen mit meinem Rücktritt gedroht, als hätte man also meine Warnungen nicht ernst zu nehmen brauchen. Ich erkläre, daß ich bei keiner früheren Vorlage und keinem früheren Vorschlag jemals den Konservativen meine Demission in Aussicht gestellt habe. Es ist endlich irrig und unrichtig und es ist irreführend, die Sache so darzustellen, als hätte ich meine Entlassung lediglich aus dem Grunde genommen, weil die Erweiterung der Erbschaftsteuer nicht durchgegangen ist. Gewiß, das würde allen Traditionen widersprechen, wenn ein Minister ginge, weil eine von ihm vorgeschlagene Gesetzesvorlage vom Parlament abgelehnt wird. Das ist aber nicht der Grund meiner Entschließung. Ich habe mich zum Rücktritt entschlossen, weil durch die Haltung der konservativen Partei eine politische Konstellation herbeigeführt worden ist, welche unter Trennung von den liberalen Parteien und sogar von den Massenbrüdern des alten Bismarckschen Kartells die Konservativen zum engsten Bund mit dem Zentrum und den Polen geführt und dadurch das Zentrum wieder zur ausschlaggebenden Partei gemacht hat. Die Folgen dieser Haltung der Konservativen und die hierdurch herbeigeführte Konstellation haben mein Verbleiben im Amte unmöglich gemacht. Ich war der Vertreter und Träger einer selten, entschlossenen und vor allem einer stetigen Osmarkepolitik, weil ich glaube, daß Schwankungen und Schwäche auf diesem Gebiete die preussische und die deutsche Macht, die Lebensinteressen der preussischen Monarchie und des Deutschen Reiches an ihrer Wurzel berühren. Das Zusammengehen der Konservativen mit den Polen muß auch die Deutschen im Osten demoralisieren. Die Polen haben gegen die Erbschaftsteuer votiert, lediglich und ausschließlich, weil sie wußten, daß sie damit den Reichskanzler zu Fall bringen würden. Wenn die Polen dies Ziel erreicht haben, so gebührt ihr Dank hierfür der konservativen Parteiführung. Was mich angeht, so konnte und wollte ich jedenfalls nicht von der Gnade der polnischen Fraktion abhängen. Ich konnte eine Entwicklung nicht mitmachen, bei der die polnische Fraktion eine solche Rolle spielt, wie jetzt bei der gegenwärtigen parlamentarischen Mehrheit. Zum Schluß erklärte Fürst Bülow: „Die Reichsfinanzreform, wie sie jetzt gestaltet worden ist, entspricht nicht dem Wille, das mir vorschwebte, als ich an diese Sache herantrat. Es fehlt die klare Auseinandersetzung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, es fehlen die sozialpolitischen Gesichtspunkte und manches andere. Aber wie die Dinge nun lagen, war sie nach der Ansicht der verbündeten Regierungen immerhin ein möglicher Weg, um aus der Finanznot herauszukommen. Ich bin auf meinem Posten geblieben, damit wenigstens die schlimmsten Schäden ausgeglichen würden, und damit die Reform in einer für die verbündeten Regierungen noch einigermaßen annehmbaren Weise zu Ende geführt würde. Ich scheide mit dem Wunsche, daß das deutsche Volk unter Überwindung aller Hindernisse und Gefahren in steigendem Wohlstand, in Sammlung und ungezügelter Kraft seine Bahnen weiter verfolgen und seine Stellung in der Welt behaupten möge.“

Diese Auslassungen werden in wohlunterrichteten Berliner Kreisen als ein bedeutendes historisch-politisches Dokument aufgefaßt, die nicht dadurch herabgesetzt werden dürfen, daß man sie als eine Augenblicksempfindung,

als Produkt der Erregung hinzustellen versucht. Sie sind der Niederschlag staatsmännischer Betrachtungen und die Zusammenfassung lange gehegter und wohlüberlegter Anschauungen. Fürst Bülow hat die schwere Bürde seines Amtes fast neun Jahre mit aufopfernder und unermüdbarer Pflichttreue getragen. Als hervorragendster Staatsmann der Bismarckschen Schule hat er seine Zeit verstanden und die Menschen und die Dinge vorurteilslos mit dem einzigen Bemühen um die Interessen des Vaterlandes behandelt. Beim Verlassen der politischen Weltbühne darf er die Hoffnung mitnehmen, daß sein Verdienst um das Reich im Zeitverlaufe, der den Blick weitet und das Urteil klärt, immer mehr erkannt und geschätzt werden wird.

### Der neue Reichskanzler.

Die bisherige öffentliche Tätigkeit des neuen Reichskanzlers Dr. jur. Theobald von Bethmann-Sollweg, lag ganz auf dem Gebiet der inneren Politik. Herr von Bethmann steht in seinen politischen Anschauungen wohl auf konservativem Boden, ohne jedoch einer Partei gegenüber einseitig und besangen zu sein. Er besitzt reiche Kenntnisse und ist eine außerordentliche Arbeitskraft, wie er sich auch als ausgezeichnete Redner hervorgetan hat. Als Oberpräsident in Potsdam hatte er mannigfache Beziehungen zum Hofe und erwarb sich das Vertrauen seines kaiserlichen Herrn.

Der fünfte Reichskanzler entstammt einer bürgerlichen hessischen Familie Sollweg, die ihren Stammbaum bis in das 16. Jahrhundert zurückverfolgt. Den Adel erhielt der Großvater, der damalige Professor der Rechte an der Berliner Universität August Sollweg, dessen Mutter eine geborene Bethmann gewesen war. Die Bethmanns gehörten zu den angesehensten Bankiers in Frankfurt a. M. August von Bethmann-Sollweg übernahm 1858 in dem liberalen Ministerium Schwerin-Auerswald das Portefeuille der geistlichen Angelegenheiten, das er bis 1862 im Besitze hatte. Theobald v. Bethmann ist geboren am 29. November 1856 in Hohenfinow bei Eberswalde; sein Vater hatte dieses Gut erworben, er war auch Landrat des Kreises Niederbarnim. Die Mutter des Reichskanzlers ist eine Schweizerin, eine geborene v. Rougemont aus Neuenburg. Theobald v. Bethmann-Sollweg studierte in Straßburg, Leipzig und Berlin und diente als Einjährig-Freiwilliger beim 1. Garde-Drägerregiment, bei dem er dann auch längere Jahre Reserveoffizier war und dessen Uniform er noch jetzt als Rittmeister a. D. zufolge besonderer Erlaubnis zu tragen berechtigt ist. Am 20. August 1879 wurde er Referendar im Bezirk des Kammergerichts. 1882 ging er zur allgemeinen Staatsverwaltung und wurde Regierungsreferendar in Frankfurt a. D. 1885 wurde er Regierungsassessor in Potsdam und übernahm bald darauf die Verwaltung des Landratsamts des Kreises Oberbarnim in Freienwalde. 1886 wurde er dort Landrat und verwaltete dieses Amt zehn Jahre. Am 1. Juli 1899 wurde er Regierungspräsident in Bromberg, blieb dort aber nur drei Monate und wurde dann als Nachfolger Adenbachs Oberpräsident der Provinz Brandenburg. Im März 1905, nach dem Tode des Freiherrn von Hammerstein, wurde v. Bethmann-Sollweg preussischer Minister des Innern. Im Juni 1907 wurde er dann als Nachfolger des Grafen von Posadowski-Wehner Staatssekretär des Reichsamts des Innern und Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums. Als Landrat des Kreises Oberbarnim hat er auf kurze Zeit dem Reichstage angehört; er wurde bei den Wahlen vom 1890 als Kandidat der Reichspartei im Wahlkreise Oberbarnim gewählt. Der Reichskanzler ist seit 1889 mit Martha von Pfuel, der Tochter des Ritterchaftsdirektors v. Pfuel auf Wilkendorf verheiratet, er ist Vater zweier Söhne und einer Tochter.

Zum Nachfolger v. Bethmann-Sollwegs im Reichsamte des Innern ist der bisherige Staatsminister für Handel und Gewerbe Clemens Delbrück ernannt. Er steht im 54. Lebensjahr. 1896 wurde er Oberpräsident von Westpreußen. Seit dem 10. Oktober vorigen Jahres war er Handelsminister. Die Stellung des Handelsministers wird der bisherige Schatzsekretär Sydow einnehmen und an seine Stelle tritt Geheimrat Wermuth.

Der neue Reichsschatzsekretär, Wirklicher Geheimer Rat Adolf Wermuth, wurde geboren am 23. März 1855 zu Hannover. Im Jahre 1876 wurde er Referendar, 1881 Gerichtsassessor, 1882 Regierungsassessor in Oepfen. Im Jahre

1883 trat er als Hilfsarbeiter in das Reichsamt des Innern und er hat diesem Reichsamt ununterbrochen bis zu seinem jetzt erfolgten Übertritt an die Spitze des Reichskammergerichtes seine Dienste gewidmet. Im Jahre 1889 wurde er in ihm Vortragender Rat und im April 1900 Direktor. Im Nebenamt war er seit 1896 Mitglied des kaiserlichen Disziplinarhofes in Leipzig, sowie seit 1897 Vorsitzender der Berufungskammer in Börsen-Ehrengerichtssachen. Er war ferner stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat. Im Reichsamt des Innern war er der Leiter der handelspolitischen Abteilung. Staatssekretär Bermuth ist verheiratet mit Marie Renken.

An Stelle des wegen Krankheit ausscheidenden Kultusministers Dr. Holle tritt, gleichfalls als neuer Mann an leitender Regierungsstelle, der bisherige Oberpräsident von Brandenburg August von Trott zu Solz.

Der neue Kultusminister, der bisherige Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Kammerherr August v. Trott zu Solz, wurde geboren am 29. Dezember 1855 in Jmshausen im Regierungsbezirk Kassel als Sohn des kurhessischen Legationsrats v. Trott zu Solz. Seine bisherige amtliche Laufbahn ist die des preussischen Verwaltungsbeamten. Er trat im März des Jahres 1879 in den Staatsdienst, im August 1884 wurde er zum Regierungsdirektor und im Dezember 1886 zum Landrat des Kreises Höcht im Main ernannt. In der Zwischenzeit war er Reisebegleiter des im Indischen Ozean verunglückten Landgrafen von Hessen auf dessen Reisen im Orient gewesen. Im November 1892 siedelte er als Landrat nach Warburg an der Lahn über und im Juni 1894 wurde er unter Ernennung zum Geheimen Regierungsrat als Vortragender Rat in das Ministerium des Innern berufen. Bevor er im Mai 1905 auf seinen bisherigen Posten als Oberpräsident berufen wurde, war er Regierungspräsident gewesen, seit März 1898 in Koblenz und seit Februar des darauffolgenden Jahres in seiner heimatlichen Heimat, in Kassel. Kultusminister v. Trott ist seit dem Jahre 1901 verheiratet mit Eleonore v. Schweinitz.

(Telegramme.)

\* Berlin, 14. Juli. Ihre Majestät die Kaiserin empfing heute nachmittag den Fürsten und die Fürstin Bülow in Audienz. Später erteilte die Kaiserin dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, dem sächsischen Gesandten und dem bulgarischen Gesandten die nachgesuchte Audienzen.

\* Berlin, 15. Juli. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben sich für heute abend beim Fürsten und der Fürstin Bülow zum Diner angelassen. Eingeladen sind der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, die kgl. Staatsminister, Staatssekretär v. Schoen, der kommandierende General des Gardekorps v. Löwenfeld u. a.

\* Berlin, 15. Juli. Der Reichstagsabgeordnete Frhr. von Campt hat an den Fürsten Bülow folgendes Telegramm gerichtet: Eurer Durchlaucht sprechen die zum Abschiedessen versammelten Mitglieder der Reichspartei ihr tiefempfundenes Bedauern aus, daß Ihre nach innen und außen so erfolgreiche Kanzlerschaft ein Ende finden soll. Wir werden die hohen Verdienste Eurer Durchlaucht um die Entwicklung des Reichs immer in dankbarer Erinnerung behalten. Es gereicht uns zur besonderen Genugtuung, Ihre Politik stets und bis zuletzt unterstützt zu haben.

Darauf hat Fürst Bülow geantwortet: Euer Hochwohlgebornen danke ich aufrichtig für die warm empfundenen Worte, die Sie im Namen der Reichspartei aus Anlaß meines Rücktritts an mich gerichtet haben. Ich werde nicht vergessen, wie viel die Freikonservative Partei für das Interesse des Reichs und die Ziele meiner Politik in treuer und erfolgreicher Mitarbeit geleistet hat.

\* München, 15. Juli. Zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und Seine Königl. Hoheit dem Prinzregenten hat ein Austausch folgender Telegramme stattgefunden. Das Telegramm Seiner Majestät des Kaisers lautet:

Eurer Königl. Hoheit gestatte ich mir, mitzuteilen, daß der Reichskanzler Fürst von Bülow zu meinem lebhaften Bedauern erneut um seine Entlassung eingekommen ist. Ich habe seinem Wunsche entsprochen und den Staatssekretär des Innern, Staatsminister von Bethmann-Hollweg, zu seinem Nachfolger ernannt. Wilhelm. Seine Königl. Hoheit der Prinzregent antwortete: Eurer Majestät danke ich herzlich für die gütige Mitteilung über den Rücktritt des Fürsten von Bülow und die Ernennung seines Nachfolgers. Auch ich bedauere das Ausscheiden des Fürsten aus seinem Amte lebhaft und beglücke die Wahl des neuen Kanzlers mit den besten Wünschen für das Wohl des Reichs.

\* München, 15. Juli. Die „Münchn. N. Nachr.“ schreiben: Angehts der vertrauensvollen Beziehungen die sich zwischen

dem Bundesrat und Herrn v. Bethmann-Hollweg mit der Zeit entwickelt haben, da er das Reichsamt des Innern leitete, begrüßt es die bayerische Regierung auf das freudigste, daß die Wahl des Kaisers auf diesen bereits in hervorragender Stellung bewährten Mann gefallen ist. In dieser Anschauung weicht sie sich mit den verbündeten Regierungen in Übereinstimmung, daß der neue Kanzler, begleitet von dem Vertrauen seines Vorgängers und von dem des Kaisers empfohlen, an die schweren Aufgaben herantritt, zu deren Lösung, das Verhältnis bewährter Mitarbeiterschaft, in dem er zu dem Fürsten Bülow stand, bietet eine erfreuliche Bürgschaft für die Zukunft des Reichs.

\* Wien, 15. Juli. Das „Waterland“ bemerkt zum Rücktritt des Fürsten Bülow: „Mit dem Fürsten Bülow scheidet ein Staatsmann aus dem öffentlichen Leben, der eine ausgeprägte Persönlichkeit war und auch seiner Politik eine starke persönliche Note zu geben wußte. Wir haben nur die eine Hoffnung, daß es seinem Nachfolger vergönnt sein möge, mit Herr Reich-Ingart in so gutem Einvernehmen zu antworten, als dies dem Fürsten Bülow gelang, denn in Deutschland's bernünftiger Auslandspolitik liegt die beste Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens.“

\* Wien, 15. Juli. In Würdigung der Politik des Fürsten Bülow hebt das „Freundenblatt“ hervor: Fürst Bülow habe es verstanden, anders als Bismarck, aber nicht weniger wie dieser, der Mann seiner Zeit zu sein. Seiner äußeren wie inneren Politik lasse sich eine Konsequenz nachweisen, die durch sicheres Bandlungen hindurchgeht. Man weiß in Deutschland, sagt das Blatt, was das Reich an dem Fürsten Bülow verliert, aber auch wir nehmen ungern von ihm Abschied!

\* Paris, 15. Juli. Die gesamte Presse beschäftigt sich in ausführlichen Berichten und Artikeln mit der gestern vollzogenen Lösung der Kanzlerkrise. Verschiedene Blätter bringen sympathisch gehaltene Charakteristiken des neuen Kanzlers und meinen, daß er der richtige Mann zu sein scheint, die überaus schwierige Lage des Fürsten Bülow zu übernehmen.

### Aus Rußland.

(Telegramme.)

\* Moskau, 15. Juli. In der Nacht auf Mittwoch entflohen 12 wegen politischer Vergehen verurteilte Frauen, eine Kriminalverbrecherin und eine Aufseherin aus dem Frauengefängnis.

\* St. Petersburg, 14. Juli. Seit gestern sind an Cholera 102 Personen erkrankt und 43 gestorben. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 814.

### Die Lage am Balkan.

(Telegramme.)

\* Konstantinopel, 14. Juli. Die türkische Presse fährt fort, sich mit dem Wiedereintritt des Freiherrn von der Goltz in die türkische Armee zu beschäftigen. Sämtliche Blätter drücken ihre lebhafteste Befriedigung darüber aus und heben hervor, die im Ausland entstandenen Gerüchte über politische Zwecke der Mission von der Goltz machten bei den Türken einen überal Eindruck. Es sehe der Türkei frei, sich tüchtige Helfer überall zu suchen. Von allen fremden Persönlichkeiten, die zur Zeit des früheren Sultans in türkischen Diensten gestanden haben, habe von der Goltz sich am allerwenigsten mit Politik abgegeben.

\* Konstantinopel, 15. Juli. Nach Yemen, wo neuerdings eine aufständische Bewegung entstanden ist, wurde eine Maschinengewehrabteilung in Marsch gesetzt.

### Die Beilegung des bolivisch-argentin. Konflikts.

(Telegramme.)

\* Buenos Aires, 15. Juli. Der Minister des Äußeren erhielt vom Gesandten in La Paz ein Telegramm, worin dieser anzeigt, daß er La Paz nicht verlassen werde, da die dortige Regierung erklärt habe, daß sie Argentinien Genugtuung geben wolle. Diese Nachricht wurde hier mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen.

\* Buenos Aires, 15. Juli. Bolivien hat eine Note an die argentinische Regierung gerichtet, worin es heißt: Bolivien bedauert die Vorfälle in La Paz sehr. Die Regierung war bemüht, die Unruhen zu unterdrücken, und legt die Haltung der Presse. Die Ereignisse werden sich nicht mehr wiederholen, da Bolivien von aufrichtiger Hochachtung gegen Argentinien und seines Präsidenten erfüllt sei. — Argentinien erklärt, daß durch diese Erklärung ausreichende Genugtuung gewährt sei.

### Naturwissenschaftlicher Verein Karlsruhe.

## In der Sitzung vom 14. Mai berichteten die Herren Geh. Rat Engler und Privatdozent Dr. Herzog über biologische Oxydationsvorgänge. Zunächst führte ersterer aus, wie in der organischen Welt ein fortwährender Kampf zwischen Aufbau und Abbau der organischen Substanz stattfindet. Die Sonnenstrahlen bewirken unter Bildung der Pflanzensubstanz aus Kohlenstoff und Wasser die Aufspeicherung von Sonnenenergie in den Pflanzen, die demnach eine Art Akkumulatoren darstellen. Zu gleicher Zeit aber wird auch freier Sauerstoff gebildet und an die Luft abgegeben und damit die Ursache des Wiedergefallens der Pflanzensubstanz geschaffen, denn unter den verschiedensten Formen verbindet sich dieser Sauerstoff wieder mit derselben und sie verbrennt zu Kohlenstoff und Wasser. So entsteht ein durch die Wirkung des Sonnenlichtes unterhaltener Kreislauf, bei welchem die Ausgangsstoffe (Kohlenstoff und Wasser) über die Pflanzen- und Tierfabrikation immer wieder als Endprodukt resultieren. Dabei können die Pflanzen durch Verwesung oder als Brennmaterialien in teils fossiler Form, wie Steinkohle, entweckt direkt verbrennen, oder aber sie werden von dem tierischen Organismus als Nahrung aufgenommen und unterliegen dann einem langsamen Verbrennungsprozeß. In beiden Fällen findet der Wiederabbaue der Substanz statt und wird Wärme entwickelt, welche der Sonnenenergie entstammt. Die Wärme des Lebensprozesses, ebenso wie Wärme und Licht aller unserer Vorn- und Leuchtstoffe sind deshalb nur umgewandelte Sonnenenergie.

Die bei diesen Vorgängen stattfindenden Verbrennungsprozesse sind aber nicht so einfach zu denken, wie dies früher angenommen wurde. Namentlich oft bei langsamen Verbrennungen verbindet sich nicht bloß Sauerstoff der Luft mit Kohlenstoff und Wasserstoff der organischen Substanz direkt zu Kohlenstoff und Wasser, vielmehr ist sehr häufig ein Überträger erforderlich, der die Verbindung des Sauerstoffes vermittelt. Man nimmt dabei an, daß sich der Sauerstoff als ganzes Molekül (1 Atompaar) zunächst den Überträger (Autoxydator) anlagert, der denselben dann hälftig oder ganz an den oxydierenden Stoff (Akzeptor) weitergibt. Wird der

Überträger dabei wiederhergestellt, so hat man einen Katalysator. Auch wenn Wasserstoff verbrennt, entsteht nicht direkt Wasser, sondern zuerst Wasserstoffperoxyd (Verbindung von Wasserstoff mit 1 Molekül Sauerstoff), welches sich darauf erst mit weiterem Sauerstoff zu Wasser umsetzt. Indigolösung kann durch Luftoxydation nicht direkt entfärbt (oxydiert) werden, wohl aber durch Vermittlung von Terpeninöl usw.

Im tierischen Organismus finden vielfach ähnliche Vorgänge statt. So wird auch beim Einatmen von Luft deren Sauerstoff zunächst an den roten Blutfarbstoff, das Hämoglobin, gebunden, durch welchen jener weiter in den Organismus transportiert und an die verschiedenen Stoffe übertragen wird, wobei sich das Hämoglobin regeneriert und neuerdings als Überträger dienen kann.

Dr. Herzog wies dann ganz allgemein auf die Bedeutung der chemischen Erkenntnis der Oxydationsvorgänge für die Biologie hin. Schon einige Versuche mit Pflanzenextrakten im Reagenzglas zeigen, wie sich die Theorie der biologischen Vorgänge anwenden läßt. Ihre weitere Bedeutung liegt aber darin, daß sie sehr schöne Beispiele für den ganz allgemein verbreiteten Vorgang liefern, daß scheinbar verschiedene chemische Prozesse im Zusammenhang miteinander verlaufen. So wird auch mancher sogenannter Regulatormechanismus des Lebens als chemischer Vorgang verständlich. Die Schwierigkeit der biologischen Forschung liegt darin, geeignete Beispiele zu finden, an denen sich die prinzipiellen Erscheinungen studieren lassen; wahrscheinlich liefern gerade die biologischen Oxydationsvorgänge solche für die bisher noch wenig bekannten, aber gewiß äußerst wichtigen, als „geoppelte Reaktionen“ bezeichneten Prozesse.

## In der Sitzung vom 28. Mai d. J. hielt Herr Oberleutnant Schuster einen Vortrag über „Die seitliche Verschiebung des atmosphärischen Wellensystems“ und „Der Barometergang“. Um den ersten genannten Gegenstand anzufassen, sei seine neuesten Untersuchungsergebnisse zu erläutern, recapitulierte der Vortragende zunächst in Kürze das wesentlichste aus seinem früheren Vortrag:

1. Aus dem Umlauf des Mondes in seiner elliptischen Bahn — dem siderischen Monat — entsteht eine regelmäßige und sym-

### Die Revolution in Persien.

(Telegramme.)

\* Teheran, 14. Juli. Im Laufe des seit gestern und während der ganzen Nacht ununterbrochenen Kampfes der Nationalisten gegen die Stellungen der Kosaken gelang es ihnen, einen dicht bei dem Hause des Obersten Riachoff gelegenen Garten zu besetzen, wo sie jetzt jedoch einem besonderen Infanterie- und Artilleriefeuer der Kosaken ausgesetzt sind. — Der Sipahdar und Gardar Assad haben an den englischen und den russischen Geschäftssträger in Gulhat folgende Botschaft gerichtet: Trotz der Tatsache, daß die russische Flotte über dem Hause des Obersten Riachoff weilt, sehen sich die Nationalisten gezwungen, auf das Haus zu feuern, da Kosaken unter dem Dach des Hauses Stellung genommen haben. Truppen des Schah versuchen, wie berichtet wird, vom Norden her in Teheran einzudringen. — Der Schah verschlangt sich in Sulatabad. Mit dem Prinzen Maib es Saltaneh hat auch Prinz Niz ed Dauleh in der russischen Gesandtschaft Zuflucht gesucht. Salar ed Dauleh nahm in Gulhat Aufenthalt.

\* Teheran, 15. Juli. Kosaken sowie Freiwillige, die für den Schah kämpfen, haben, lt. „Adn. Bl.“, gestern nachmittag weitere Strahenzüge besetzt. Nach Westen und Süden gewinnen sie Boden, hauptsächlich durch ihre Geschütze. Das Telegraphenamt der Indo-Europäischen Telegraphengesellschaft, in dessen Nähe gefangen wird, hat seine Fenster mit Eisen voll Sand verrammelt. Zwei Zinnen der Festung sind schon zerstört. Die Nationalisten, die die Häuser der bekanntesten Anhänger des Schah plündern, behandeln die sonstigen Einwohner als Freunde.

\* Teheran, 15. Juli. 200 Selachari drangen in die Stadt ein und griffen das Palais an. Dort wurde gestern andauernd gekämpft. Die Freiwilligen des Schah begannen mit der Plünderung von Häusern der Armenier. Die fremden Flaggen werden nicht mehr beachtet. Mehrere Häuser von Europäern wurden gleichfalls geplündert. Die Nationalisten planen einen entscheidenden Angriff. Die deutsche Schule ist in erster Gefahr.

\* Teheran, 15. Juli. Es verlautet, daß Oberst Riachoff den Befehl gegeben habe, das Feuer einzustellen. Von den Kosaken wird nicht mehr geschossen. Das Gewehrfeuer, das zwischen den Leuten des Schah und den Bachtaren im Gange war, sowie das Geschützfeuer der Nationalisten hat so gut wie aufgehört. Die Truppen des Schah haben gestern abend das Nordtor der Stadt angegriffen, wurden aber von den Nationalisten mit schweren Verlusten zurückgeschlagen.

\* Teheran, 15. Juli. Im Laufe des gestrigen Abends setzten die persischen Kosaken das Geschützfeuer unaufrührlich fort. Einige Geschosse trafen die Häuser von Europäern, namentlich die britische Gesandtschaft, weil vermutlich dazwischen nationalistiche Schützen von den Dächern schossen. Die Truppen des Schah bombardieren von einer Stellung außerhalb der Stadt das Parlamentsgebäude. Der Schah lehnt es ab, trotz des Drängens des russischen u. des englischen Gesandten, sich mit den Nationalisten zu verständigen. Die Nationalisten haben den Offizieren und Kosaken versprochen, daß sie nach Ablieferung ihrer Waffen unbehindert heimkehren oder als Neutrale in den Kasernen bleiben können. Die Kosaken dürften es jedoch mit Sicherheit ablehnen, der konstitutionellen Regierung zu dienen.

### Grossherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 15. Juli.

Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin Luise ist gestern abend nach kurzen Aufenthalt in Laufanne und Genf auf Schloß Rainau eingetroffen.

\* (Die Rennen des Karlsruher Reitervereins) sind wegen dienstlicher Anspruchsnahme der 28. (bab.) Kavalleriebrigade im Monat Juli d. J. nunmehr auf Sonntag den 24. Oktober d. J. verschoben worden. Sie werden genau nach den ausgegebenen Propositionen abgehalten. Rennungslos (auch für die landwirtschaftlichen Rennen): 3. Oktober.

\* (Stadtgarten-Konzert.) Sonntag den 18. Juli, vormittags 12 Uhr bis mittags 1/2 Uhr, wird die künftige Schülerkapelle im Stadtgarten bei günstiger Witterung ein Extrakonzert aus Anlaß der Anwesenheit eines größeren Vereins aus Speier veranstalten. Das Eintrittsgeld beträgt für Nichtabonnenten 10 Pfennig.

metrische Barometerwelle von im Mittel 27 1/2 Tagen Länge, mit dem Wellental zur Erde und dem Wellenberg zur Erdoberfläche, wenn aus den etwa 540 Umlaufperioden der Jahre 1873 bis 1907 in geeigneter Weise, — vgl. die Druckkraft: Der Einfluß des Mondes auf unsere Atmosphäre, Karlsruhe, Hofbuchhandlung von Friedrich Gutsch — das den mittleren Barometerständen entsprechende arithmetische Mittel gebildet wird. Die in der gleichen Weise für das Sommerhalbjahr, das Winterhalbjahr und für die Monate Januar und Februar allein gebildeten Wellen nehmen von der warmen nach der kalten Jahreszeit hin auffallend an Höhe zu.

2. Durch den Mondumlauf von Neumond über das erste Viertel und den Vollmond wieder zu Neumond — den synodischen Monat, — entsteht ebenfalls im arithmetischen Mittel der den 35 Jahren entsprechenden barometrischen Umlaufperioden eine mehrfache Barometerwelle von 29 1/2 Tagen Länge, welche verschiedene Minima zu den Zeiten der Mondwechsel zeigt, so daß hiernach der Satz gilt: „Mondwechsel bringt Barometerwechsel!“ Auffallenberweise kommen im Sommer die Minima zum ersten und letzten Viertel denjenigen zu Voll- und Neumond fast gleich, so daß die Mittelkurve den vier Mondphasen entsprechend vier Wellen bildet, während bei dem Wachen der Kurven nach der Höhe, welche ebenfalls gegen den Winter hin stattfindet, die Minima zu Voll- und Neumond stärker zunehmen, wodurch Halbmonatswellen entstehen.

Der Vortragende machte darauf aufmerksam, daß nach diesen „Normalbarometerkurven“ für Karlsruhe eine Übereinstimmung zwischen den Gezeitenbewegungen des Weltmeeres und der Atmosphäre zu bestehen scheint, mit hervorgerufen durch die Windbewegung der Atmosphäre, welche jedoch ebenfalls zum nicht geringen Teile der Gravitationswirkung des Mondes zuzuschreiben sei, was er aus seinen Sonderuntersuchungen über die Windbewegungen folgern mußte. Von den Verschiebungen — Wanderminima — des atmosphärischen Wellensystems in bestimmten Zeitperioden, es sind deren drei, sei zu bemerken, läßt sich die Ursache der einen schematisch sehr schön durch Über-einanderbewegung der 29 1/2-tägigen Phasenwelle auf der 27 1/2-tägigen Gravitationswelle nachweisen; das Verschieben des Hauptminimums der Phasenwelle beträgt darnach 2 1/2 Tage. Durch Beispiele am Barometergang wurde diese Verschiebung

(Sitzung des Schwurgerichts vom 14. Juli.) Unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Wendiger gelangte am dritten Sitzungstage des Schwurgerichts die Anklage gegen den zuletzt hier wohnhaften Kaufmann Karl Pannasch aus Spremberg (Preußen) wegen betrügerischen und einfachen Bankerotts zur Verhandlung. Der 45 Jahre alte, verheiratete Angeklagte war beschuldigt, daß er als Schuldner, über dessen Vermögen durch Beschluß des Großen Amtsgerichts Karlsruhe am 2. März 1909 das Konkursverfahren eröffnet wurde, in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen, Vermögensstücke beiseite schaffte, indem er am 9. Januar d. J. mit einer Summe von 4000 M. von hier flüchtig ging. Nach Verlesung der Anklage erklärte Pannasch auf Befragen des Präsidenten, daß er sich nicht schuldig fühle. Nach der Beweisaufnahme, die den ganzen Tag anfüllte, gab der Vorsitzende den Geschworenen den Fragebogen bekannt; dieser enthielt zwei Fragen: eine Schuldfrage wegen betrügerischen Bankerotts und eine Frage nach mildern Umständen. Darnach begründete Erster Staatsanwalt Morath die Anklage. Er würdigte dabei die Person des Angeklagten und seines Handelns, ging dann auf die Tatsachen, die die Grundlagen der Anklage bildeten und kam dann auf die strafrechtliche Bedeutung dieser Tatsachen zu sprechen. Sein Antrag an die Geschworenen ging auf Befragung der Schuldfrage. Die Entscheidung über die Frage nach mildern Umständen überließ der Staatsanwalt dem Ermessen der Geschworenen. — Der Verteidiger des Pannasch plädierte auf Freisprechung des Angeklagten. Er vertrat die Auffassung, daß der Angeklagte, der kein Kaufmann, sondern ein Händler und Schuhmacher sei, sich über seine Vermögenslage gar nicht klar war. Er habe nicht gewußt, daß er überschuldet sei und sei nur in der Verzweiflung fortgegangen, weil durch seine weiblichen Beziehungen sich seine Familienverhältnisse recht unerquicklich gestaltet hätten. Es könne deshalb auch gar nicht davon gesprochen werden, daß Pannasch seine Gläubiger habe benachteiligen wollen. Dafür läge auch nicht der geringste Beweis vor. Der Angeklagte habe sich daher des betrügerischen Bankerotts nicht schuldig gemacht und müsse daher freigesprochen werden. Die Geschworenen bejahten beide an sie gestellten Fragen, worauf der Angeklagte unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft zu 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde.

S. Mannheim, 14. Juli. Die Eingemeindung Feudenheims legt der Stadtgemeinde nicht geringe Opfer auf, die sich erst in der Folgezeit rentieren werden. Die Süddeutsche Diskontogesellschaft hat vor zwei Jahren von der Gemeinde Feudenheim am linken Ufer des Neckars ein 378 226 qm großes Gelände erworben, das zur Errichtung von besseren Wohnhäusern verwendet werden soll. Da die Stadtverwaltung darauf rechnen darf, daß der Bürgerauschuss in seiner Ende d. M. stattfindenden Sitzung der Eingemeindung Feudenheims zustimmt, hat sie bereits eine Vorlage zur Erschließung des Baugeländes anarbeiten lassen. Die gesamten Kosten zur Herstellung der Straßen und Plätze, für Kanalisation, für Elektrizitäts- und Wasserversorgung und zur Fortführung der elektrischen Straßenbahn von Schlachthof bis in das Baugelände betragen sich auf 2 348 000 M., von denen 1 377 000 M. von der Stadt zu tragen sind. Das Baugelände Neu-Oftheims — so heißt das Baugelände — ist in 22 Bauplätze mit geschlossener und offener Bauweise eingeteilt. Die Straßen nehmen etwa 92 000 qm, die Plätze und Anlagen etwa 19 000 qm in Anspruch. Eine Befragung der Gemeindevirtschaft wird bezüglich der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung und der Straßenbahn nicht entstehen, da die Süddeutsche Diskontogesellschaft so lange die für die Verzinsung, Tilgung und Betriebskosten unzulänglichen Einnahmen aus den Anlagen zu ergänzen hat, bis infolge der Befriedung des Baugeländes der Konsum und Verkehr berartig gewachsen ist, daß er die Rentabilität der Einrichtungen gewährleistet.

C. Kehl, 14. Juli. Die Landesverwaltung der badischen Notare, die unter Anwesenheit der Herren

sowohl direkt als auch an Mittelwerten gezeigt. Die andere der Pfaffenverschiebungen offenbart sich uns so deutlicher in den Diagrammen, als sie im Jahr noch nicht ganz einen Tag beträgt. Eine Reihe von, in siebenjährigen Perioden aus den vierzehn Wintermonaten zweier aufeinanderfolgender Winter gebildeter Mittel liegt nicht nur erneut die dem Mondwechsel entsprechenden Minima, sondern auch in einer Diagonalreihe die energische Wirkung der durch die Verschiebung angedeuteten Umläufe in einem ganzen Verlauf sehr schön erkennen. Nachdem die Mondastronomie nur eine gegen die Bewegungsrichtung von Erde und Mond zurückbleibende Bewegung, nämlich die der Knotenlinie der Mondbahn mit der Ekliptik kennt, welche in etwa 18 1/2 Jahren einen ganzen Umlauf vollendet, und die hier gezeigte Pfaffenverschiebung fast genau dieser Bewegung entspricht, so kann als Ursache dieser Verschiebung nur der zugehörige Stellungswinkel des Mondes angenommen werden. Die dritte Verschiebung endlich, etwa doppelt so rasch schreitend wie die vorhergehende, aber in der Richtung nach vorwärts, wurde zusammen mit der zweiten an einer anderen Reihe von ebenfalls zweijährigen, jedoch aneinanderfolgenden Barometermitteln aus synoptischen Wintermonatsperioden gezeigt. Dieselbe kann nur der Bewegung der Apfidenlinie der Mondbahn gegen den Äquator zugeschrieben werden. Durch diese 3 Wanderminima erleiden die 4 den Hauptmondphasen entsprechenden, also stehenden, Minima eine ständige Umlagerung, so daß die den Normalbarometerkurven entsprechenden Maxima zeitweise vertümmelt, verschoben oder ganz verdrängt werden, wodurch der Wechsel im Barometergang entsteht. Es ist klar, daß ohne diesen Schlüssel der Barometergang ein Rätsel bleiben müßte. Auffallenderweise beträgt die geringste Zahl der im synoptischen Monat vorkommenden Barometerdepressionen 4, die höchste Zahl, wenn von Schwankungen unter einem Millimeter abgesehen wird, 7 und das Mittel nicht ganz 6.

Der Vortragende sprach seine Ansicht dahin aus, daß, wenn durch den Umlauf des Mondes, wie behauptet und gezeigt wurde, die Charakteristik der Barometergänge verursacht wird, durch die Anziehungskraft von Sonne und Mond zusammen die nicht unbedeutenden Hebungen und Senkungen, wie solche in den Jahres- und Monatsbarometermitteln auftreten, verursacht werden.

Zum Schluß beriefte der Redner den Barometergang der Monate Oktober bis Dezember 1908 aus dem Zusammenwirken der 2 Depressionsfaktoren zu erklären. Nachdem auch Professor Dr. Hermann-Damburg in einem vor zwei Jahren auf der Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Dresden gehaltenen Vortrag auf Grund eingehenden und umfangreichen Studiums der Barometerwellen nicht nur auf ganz bestimmte, mit dem Mondumlauf in Beziehung stehende Perioden des Luftdruckes hingewiesen, sondern auch auf die Pfaffenverschiebung mehrerer Perioden von annähernd gleicher Länge im Laufe von zwei Jahren aufmerksam gemacht hat, so glaubt der Vortragende, daß, wenn namhafte Gelehrte früherer Zeit fast übereinstimmend zu dem Ergebnis gelangen konnten, die durch den Mond verursachten Unterschiede in der atmosphärischen Ebbe und Flut seien verschwindend gering, daß alle diese Untersuchungen ohne Kenntnis der Wanderminima, also unter nicht richtiger Voraussetzung ausgeführt worden seien und hält er die Aufnahme neuer Forschungen auf diesem Gebiete für angezeigt.

Die Ausführungen des Herrn Vortragenden blieben nicht unbedeutend; außer dem Fachmeteorologen machten noch die Herren Haib und Spuler theoretische Bedenken gegen die neue Lehre geltend.

Ministerialräte Dr. Stoll und Zimmermann am Sonntag den 11. Juli d. J. in Kehl abgehalten wurde, beschäftigte sich mit der Frage über die Haftung der Notare und des Staates wegen Amtsversehen der Notare und beschäftigte sich weiterhin mit Fragen aus dem Steuerwesen in Ansehen der Reichserbschaftsteuer. War nun allerdings die Besteuerung der Kinder eines Erblassers nach dem Gang der Reichstagsverhandlungen nicht weiter in Betracht zu ziehen, so bot das geltende Erbschaftsteuerrecht doch Anlaß genug, Anregungen vorzutragen und das Erbschaftsteuerverfahren bei den Notariaten nach seiner praktischen Anwendung eingehend zu erörtern. Übereinstimmung herrschte darüber, daß sowohl im Interesse der Finanzverwaltung, wie der Bevölkerung und der Notare das Steuererbschaftsverfahren bei den Notariaten verbleiben solle; sehr begrüßt wurde das konziliante Prüfungsverfahren der Oberbehörde in Ansehung der vorzulegenden Steuerakten. Geht es über die Schwierigkeiten, die durch die vom Reichsgesetz vorgeschriebene Rechnungsart des Erbschaftswerts landwirtschaftlicher Grundstücke der Verwaltung und den Beteiligten entständen; es würde dabei beacuert, daß auch der Geschäftswert über die Anberung des Reichserbschaftsteuergesetzes, der einige technische Verbesserungen des alten Gesetzes bezweckt hatte, und u. a. den Erbschaftswert nie höher als den Verkehrswert hätte werden lassen, nun nicht Gesetz geworden ist. Als unabweisbar endlich wurde die von den Reichszentralstellen den Erbschaftsverwaltern vorgeschriebene Statistik empfunden. Nach den dreitägigen Verhandlungen, in denen u. a. die Herren Regierungsdirektor in liebenswürdiger Weise zusagten, soweit möglich, für Abstellung einiger ihnen vorgelegener Mängel des Dienstbetriebes sich verwenden zu wollen, wurde im Gasthaus zur Blume das gemeinschaftliche Mittagessen eingenommen, während dessen der Vorsitzende des Notarvereins, Notar Effelborn, ein Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog ausbrachte, das freudigen Wiederhals fand. Dem badischen Notarverein widmete Herr Ministerialrat Zimmermann freundliche Worte. — Das Vermögen des Vereins befindet sich fast ganz bei dem Verein in G. Braum herausgegebenen „Badischen Notarvereinschrift“ in sehr guter Verfassung.

Freiburg, 14. Juli. Der heimatsgeschichtliche Kreisgauverein Schwanstald veranstaltete gestern Abend zu Ehren und in Anwesenheit seines Ehrenmitgliedes, des Herrn Geh. Rat Dr. Wagner aus Karlsruhe, einen außerordentlichen Vereinsabend. Bei demselben machte Herr Prof. Lamme interessante Mitteilungen über Wiegenglieder aus dem badischen Oberlande, während Herr Prof. Dr. Baumgarten im Anschluß an das neue Werk des Freiburger Universitätsprofessors Hermann Thiersch „Der Pharus von Alexandrien“ über die darin zum Ausdruck gekommene mutmaßliche Vorbildlichkeit für alle Turmbauten, so auch für unsere Münsterbauten, berichtete. Der höchst anregenden Berichtserstattung schloß sich eine interessante Diskussion an, bei welcher Herr Geh. Rat Dr. Wagner, Herr Prof. Dr. Thiersch u. a. zu Wort kamen. Wie bei dem Verein üblich, folgte dem belehrenden Teile des Abends ein gemüthlicher, in dessen Verlauf einige schöne Vorträge gehalten wurden. Der Verein hat mit dieser Veranstaltung bei den Mitgliedern und Gästen wieder einmal großen Anlauf gefunden.

Kleine Nachrichten aus Baden. In Mannheim wird sich der Bürgerauschuss in seiner nächsten Sitzung u. a. mit den Dienst- und Gehaltsverhältnissen der städtischen Beamten zu befassen haben. Die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Stadt hat im Jahre 1899 letztmals eine durchgreifende Änderung erfahren. Die neuen Vorschläge bringen eine wesentliche Verbesserung. — Dem Bürgerauschuss geht ferner eine Vorlage über die Erbauung zweier neuer Schulhäuser zu: für den Neubau einer zweiten höheren Mädchenschule mit Oberrealschule werden insgesamt 801 250 M. gefordert und für ein neues Volksschulgebäude (Rehtalogschule) mit 50 Klassenzimmern 1 045 000 M. — Im Monat Juni 1909 wurden bei der städtischen Sparkasse in Heidelberg 2349 Einlagen im Betrage von 540 067 M. gemacht; rückbezahlt wurden an 1476 Einleger 394 965 M. Die Zahl der Einleger hat sich seit 1. Januar d. J. um 678 vermehrt. — Der badische Müllerbund, welcher zurzeit 185 Mitglieder zählt, hielt in Strach seine diesjährige Hauptversammlung ab. Dabei wurde festgestellt, daß von 44 000 deutschen Müllern bisher nur 9000 organisiert sind. Herr Julius-Winkelheim sprach über die Ziele des Müllerbundes, Herr Seel-Heidelberg über das Zunftwesen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Paris, 14. Juli. Die anlässlich des Nationalfestes heute veranstaltete Truppenparade war von prächtigem Wetter begünstigt, das eine zahlreiche Volksmenge herbeigelockt hatte. Präsident Fallières traf in Begleitung des Ministerpräsidenten Clemenceau um 8 Uhr auf dem Longchamp ein, wo ihn der Kriegsminister erwartete. Während des Vorbeimarsches der Truppen schaute das Pferd des Kriegsministers in dem Augenblick, als dieser vor dem Präsidenten salutieren wollte. Er wurde aus dem Sattel geworfen; er blieb aber unverletzt und stieg wieder zu Pferde. Während des Vorbeimarsches trugten die leuchtenden Luftschiffe „Republique“ und „Ville de Paris“ über dem Paradeplatz, wobei sie von der Menge mit lebhaften Zurufen begrüßt wurden.

London, 15. Juli. Admiral Veresford wies in einer Rede auf dem Festantritt der Handelskammer nachdrücklich auf die Notwendigkeit der schleunigen Schaffung weiterer Schiffsbaukapazitäten hin, da England zurzeit im Jahre 7 Schiffe mit entsprechender Armierung baue, Deutschland dagegen 10 fertigstellen könne.

Paris, 14. Juli. Aus Jéz wird vom 11. Juli gemeldet: Der Scheik Abib, der Führer der aufständischen Beniintoz, wurde gefangen genommen und nach Jéz gebracht, wo er die Kapitulation erhielt. Es heißt, er sei daran gestorben.

Washington, 15. Juli. Die Ratifikationsurkunden über den deutsch-amerikanischen Vertrag wurden vom deutschen Votschafter, Grafen Bernstorff, und dem Staatssekretär Knop unterzeichnet und ausgetauscht.

Bittsburg (Pennsylvanien), 15. Juli. 5000 Anwohner der Bittsburg Steel Calcar Co. befinden sich im Ausstand. Gestern nachmittag kam es zu Ausschreitungen. Es sollen etwa 100 Personen durch Pistolenschüsse der Polizei und Wurfgeschosse verletzt worden sein.

Rio de Janeiro, 15. Juli. Mit den Geschäften der deutschen Gesandtschaft wurde nach dem Ableben des kürzlich einem Herzleiden erlegenen Gesandten Grafen Arko-Valley der hiesige deutsche Generalkonsul Freiherr von Nordenflucht beauftragt.

### Verschiedenes.

Glogau, 15. Juli. Auf dem Landgute Obitsch wurde bei Grabarbeiten eine Grabstätte entdeckt. Es wurden eine Urne mit Schmuck aus Bronze, sowie verkohlte Menschenknochen zutage gefördert.

Trier, 15. Juli. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig, eine Anleihe von M. 8 200 000 aufzunehmen, in der Hauptsache zur Deckung von Vergrößerungsanlagen der Betriebswerke und zum Bau einer zweiten Moselbrücke.

München, 15. Juli. Aus Tirol laufen fortgesetzt Stöbsspoiten über Wetterfäden und drohende Hochwassergefahr ein. In den Bergen liegt meterhoher Neuschnee.

Wien, 15. Juli. Baron Rothschild sen. hat anlässlich des heutigen Leichenbegängnisses seines Sohnes 10 000 Kronen für die Armen angewiesen.

Kemberg, 14. Juli. Der wegen Ermordung des Statthalters Grafen Potoki zum Tode verurteilte Student Sicynski wurde zu 20jähriger Kerkerstrafe begnadigt.

London, 15. Juli. Ein unbekannter Dampfer brachte bei Lowestoff das Unterseeboot „E. Nr. 11“ zum Sinken. Die Besatzung kam unversehrt. Die Mannschaft eines zweiten Unterseebootes, das gleichfalls beschädigt wurde, konnte sich retten.

Montevideo, 15. Juli. Die Regierung hat einen Wettbewerb zur Ausarbeitung von Plänen für die hygienische Einrichtung von 19 Städten ausgeschrieben. Sie hat ferner der Trans-Continental Panamerikanischen Mail-Head-Compagnie die Erlaubnis zum Bau einer 600 Kilometer langen Eisenbahn von Colonia in der Nähe von Buenos-Aires nach St. Louis an der brasilianischen Grenze erteilt. Die Unternehmung wird einen Hafen bei Colonia zu erbauen und 40 000 Hektar Land zu besiedeln haben.

### Von der Luftschifffahrt.

Mos, 15. Juli. Das Reichsluftschiff „Z. 1“ ist unter Führung des Hauptmanns George gestern Abend um 8 Uhr 45 Minuten aufgestiegen und nach halbstündigen Wandern wieder gelandet.

Mos, 15. Juli. An dem gestrigen Aufstieg des Reichsluftschiffes „Z. 1“ nahmen außer der Besatzung teil, der kommandierende General des 16. Armeekorps, General der Infanterie von Britzow und Gaffron, der Divisionskommandeur Generalleutnant Regel und der Chef des Generalstabes des 16. Armeekorps, Oberst v. Falkenhayn. Die kurze Dauer der Fahrt erklärte sich daraus, daß das Luftschiff noch vor Anbruch der Dunkelheit in die Halle gebracht werden sollte. Die Fahrt selbst erfüllte alle Erwartungen. Die Landung vollzog sich sehr glatt. Heute früh 7 Uhr unternahm das Luftschiff unter der Führung des Hauptmanns George einen neuen Aufstieg. In der vorderen Gondel hatten auch die Generalinspekteur der Verlehrsgruppen, Generalleutnant v. Lynder, und der Divisionskommandeur Generalleutnant Dingelstein, Platz genommen. Nach halbstündiger Fahrt landete das Luftschiff wieder. Dann stieg es nochmals auf und landete nach einer weiteren halbstündigen Fahrt um 9 Uhr.

Frankfurt a. M., 15. Juli. Internationale Luftschifffahrt-Ausstellung. Nach einem Bericht des kaiserlichen Votschafters in Rom hat das italienische Kriegsministerium beschlossen, zur Teilnahme an der Internationalen Luftschifffahrt-Ausstellung acht Offiziere der Rionier-Brigade nach Frankfurt a. M. zu entsenden, die dort Freifahrten unternehmen werden. — Gestern nachmittag fand bei schönem Wetter und zahlreichem Besuch die erste Zielfahrt mit Automobilverfolgung, veranstaltet vom Frankfurter Verein für Luftschifffahrt in Verbindung mit dem Frankfurter Automobilklub statt. Es nahmen an der Fahrt elf Ballons teil. Nachdem um zwei Uhr mit der Füllung begonnen war, begannen um vier Uhr die Abfahrten der Ballons, die südöstliche Richtung einschlugen.

### Wasserstands-Nachrichten.

Eingelaufen Donnerstag den 15. Juli, vormittags.

Rhein. Walsbühl: Gestern 8 Uhr vormittags 427 cm; heute 8 Uhr vormittags 406 cm, gefallen 21 cm; fällt langsam. — Kehl: Gestern 6 Uhr vormittags 489 cm; heute 6 Uhr vormittags 483 cm, gefallen 6 cm, fällt, Höchststand 2-5 Uhr nachmittags 498 cm. — Mainz: Gestern 6 Uhr vormittags 704 cm; heute 6 Uhr vormittags 709 cm, gestiegen 5 cm, steigt langsam.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 15. Juli 1909.

Die Depression über Finnland besteht fort, jene, die südlich von Island gelegen war, ist nach dem Norden abgezogen. Der hohe Druck hat sich deshalb über die britischen Inseln ausbreiten können; auch ist er weiter nordwärts vorgedrungen, so daß er heute den größten Teil Europas bedeckt. Das Wetter ist veränderlich, stellenweise heiter; die Temperaturen sind im Erweiten begriffen. Meist heiteres und warmes Wetter ist zu erwarten, doch sind lokale Wetter nicht ausgeschlossen.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 15. Juli, früh:

Lugano heiter 15 Grad, Biarritz heiter 16 Grad, Nizza wolkenlos 19 Grad, Triest bedeckt 18 Grad, Florenz wolkenlos 17 Grad, Rom wolkenlos 16 Grad, Cagliari wolkenlos 17 Grad, Brindisi halbbedeckt 21 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Wol. hocht. in mm	Feuchtigkeits in Proz.	Wind	Himmel
14. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	756.0	16.4	11.1	80	SW	bedeckt
15. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	755.6	16.6	11.4	81	W	wolfig
15. Mittags. 2 <sup>00</sup> U.	754.9	20.6	11.3	63	NW	bedeckt

Höchste Temperatur am 14. Juli: 20.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.9.

Niederschlagsmenge, gemessen am 15. Juli, 7<sup>00</sup> früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 15. Juli, früh: Schufter in J 3.85 m, gefallen 20 cm; Kehl 4.83 m, gefallen 6 cm; Mainz 7.09 m, gestiegen 5 cm; Mannheim 6.83 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: (in Vertretung von Julius Roth) Adolf Kersting, Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

**Genf** Hôtel **MÉTROPOLE**  
et Geneva **PALACE**  
am Stadtgarten u. See  
3.686

Zum Geburtstage Kuno Fischers am 23. Juli erscheint aus der Feder seines Sohnes

# Die Kausalität als Wegweiser durch die Philosophie zu einer prakt. Weltanschauung

von Rechtsanwalt Julius Fischer, Karlsruhe. Preis geh. M. 1.80

Dieses kleine Werk will versuchen, von einem bestimmten Gedanken aus, nämlich dem Satze der Kausalität: „Nichts entsteht aus dem Nichts, denn alles hat seine Ursache“, einen Ueberblick zu geben über die Entwicklung der philosophischen Probleme innerhalb der Geschichte der Philosophie, einen Ausblick zu gewähren auf die noch ungelösten Fragen und zugleich den gebildeten Laien einzuführen in das philosophische Denken.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. Baden.

## Brautpaare

besuchen in eigenem Interesse das  
Ausstellungshaus f. Inneneinrichtung  
**W. Gastel, Grodh. bad.**  
Möbelfabrik — Lager — Ritterstr. 8.

## Otto Naegele, Hofwagenfabrikant, Stuttgart,

empfeht sich den verehrl. Staats- und Gemeindebehörden zur Lieferung von

## Sanitäts- u. Feuerwehr- Mannschafts-Wagen

für Pferde- und Automobil-Betrieb

Lieferant vieler Behörden Süddeutschlands  
Referenzen u. Kostenschläge jederzeit gerne zu Diensten

## Stadgartentheater

Karlsruhe.  
Freitag, 16. Juli 1909, abends 8 Uhr  
**Das Herbstmanöver**  
Operette in 3 Aufzügen von  
Emmerich Kálmán.

### Vürgerliche Rechtskreite.

**Konkursöffnung.**  
A.656. Nr. 7587. Freiburg. Über die Vermögens des Schreinermeisters Adolf Sigmund in Freiburg-Zähringen und des Schreinermeisters Matthias Sauter in Freiburg-Zähringen, wurde heute am 14. Juli 1909, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Grohh. Notar Merklinger hier, wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 7. September 1909 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte, Abteilung 4, zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigeraussschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Mittwoch, den 11. August 1909, vormittags 10 Uhr,  
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
Mittwoch, den 15. September 1909, vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. September 1909 Anzeige zu machen.

Freiburg, den 14. Juli 1909.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 4:  
Schn.

### Konkursverfahren.

A.648. Nr. 7479. Engen. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters Johann Dörfinger in Engen, wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlusstermins und Bornahme der Schlussverteilung aufgehoben.

### Konkursverfahren.

A.655. Nr. 6536. Mannheim. In dem Konkursverfahren über den Nachlass des Kaufmanns Karl Zimmermann, gewesenen Inhabers der Firma Gebr. Zimmermann hier, ist zu Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverteilungsprotokoll der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlusstermin bestimmt auf

Dienstag, den 10. August 1909, vormittags 10 Uhr,  
vor dem Amtsgerichte hier selbst, 2. Stod, Zimmer Nr. 111.

Mannheim, den 12. Juli 1909.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3:  
Hied.

### Konkursverfahren.

A.654. Fforzheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Firma Ludwig Jüd VI. & Sohn, Sägewerk und Holzhandlung im Solzbachtal, Gemeinde Langenalb, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderung bestimmt auf

Donnerstag, den 2. September 1909, vormittags 9 Uhr,  
vor Grohh. Amtsgericht hier, 3. Stod, Zimmer 29.

Fforzheim, den 10. Juli 1909.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 1:  
Gutmann.

### Freiwillige Gerichtsbarkeit.

A.628.2. Nr. 6592 IX. Karlsruhe. Der Landwirt Wilhelm Kaiser in Schallstadt hat als Abwesenheitspfleger beantragt, den verschollenen, am 19. Januar 1838 in Schallstadt, Amt Freiburg, geborenen, zuletzt in Karlsruhe wohnhaft gewesenen Tagelöhner Johann Kaiser für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Freitag, den 28. Januar 1910, vormittags 10 Uhr,  
vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen  
Karlsruhe, den 8. Juli 1909.  
Grohh. Amtsgericht IX.  
gez. R. Müller.

Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3:  
Heinrich.

A.653.2.1. Fforzheim. Grohh. Amtsgericht Fforzheim III hat heute folgendes

Aufgebot  
erlassen:

Der Waldhüter Johannes Mürrle in Fforzheim hat beantragt, den verschollenen

Robert Barth,  
geboren am 24. Mai 1850 in Fforzheim, zuletzt wohnhaft hier, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

10. Februar 1910, vormittags 8 Uhr,  
vor dem Grohh. Amtsgericht Fforzheim, Zimmer Nr. 19, anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Fforzheim, den 12. Juli 1909.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3:  
Lohrer.

### Strafgerichtspflege.

#### Labung.

A.539.3. Nr. 63436. Tab. E 3

184. Mannheim.

1. Edmund Otto Wban, geboren am 19. Januar 1886 zu Fforzheim, zuletzt in Mannheim, Graveur.

2. Johann Joseph Wees, geboren am 19. September 1855 in Weingarten, zuletzt wohnhaft in Mannheim, Wäder.

3. Johann Christmann, geboren am 29. Oktober 1876 zu Friedrichsfeld, zuletzt wohnhaft daselbst, Gewerbe unbekannt.

4. Wilhelm Georg Scherer, geboren am 14. Februar 1886 zu Schweighingen, zuletzt daselbst wohnhaft, Zigarrenarbeiter.

5. Philipp Schwender, geboren am 18. Juni 1886 zu Sachsenflur, zuletzt wohnhaft in Mannheim, Wehger in Woolfsh.

6. Wilhelm Bender, geboren am 1. Oktober 1886, in Heidelberg, zuletzt wohnhaft in Mannheim, Wäder in Chicago.

7. John Jacobson, geboren am 14. Juli 1883 in Etade, zuletzt wohnhaft in Mannheim, Kaufmann.

8. Adam Schröder, geboren am 10. August 1885 in Eiterbach, zuletzt wohnhaft in Feudenheim, Maurer.

9. Gustav Keller, geboren am 6. Juni 1886 in Vörrach, zuletzt wohnhaft in Waldhof, Spinner.

werden beschuldigt, daß sie als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis entweder das Bundesgebiet verlassen oder nach Erreichung militärpflichtigen Alters sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten haben. Vergehen gegen § 140 R. Str. G. B.

Dieselben werden auf  
Freitag den 24. September 1909,  
vormittags 9 Uhr,  
vor die Strafkammer IV des Grohh. Landgerichts Mannheim geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von den Vorsitzenden der Erfassungskommission zu Fforzheim, Gernersheim, Schweighingen, Boxberg, Heidelberg, Etade und Vörrach über die der Anklage zugrunde liegenden Tatsachen ausgefertigten Erklärungen beurteilt werden.

Mannheim, den 7. Juli 1909.  
Grohh. Staatsanwalt:  
i. B.: Dr. Mayer.

### Verichtigung.

#### Labung.

A.343. Nr. 21206. Tab. C I Nr. 89.

Heidelberg.

Bei der Bekanntmachung i. d. Straff. gegen Philipp Arnold von hier und Gen., veröffentlicht in Nr. 177 vom 2. Juli, Nr. 178 vom 3. Juli und Nr. 179 vom 4. Juli der Karlsruher Zeitung, muß es bei Ziffer 7 statt Johann Karl Schopf richtig heißen: „Johann Karl Schopf“ und in Zeile 13 vor dem Schluß statt „beurteilt werden“ „handlung geladen“, der betreffende Satz heißt daher richtig:

Dieselben werden auf  
Dienstag, den 24. August 1909,  
vormittags 9 Uhr,  
vor die Strafkammer des Gr. Landgerichts Heidelberg zur Hauptverhandlung geladen.

Heidelberg, den 7. Juli 1909.  
Der Grohh. I. Staatsanwalt:  
Sebold.

### Vermischte Bekanntmachungen.

#### Waggonfabrik Aktiengesellschaft in Katt.

Wir machen unsere Aktionäre darauf aufmerksam, daß die zu den Aktien Nr. 1-575 gehörenden Talons schon seit längerer Zeit gegen die neuen Dividendscheinbogen umgetauscht werden können und bitten, den Austausch so rasch als möglich vorzunehmen zu wollen.

Der Vorstand:  
Jakobs.

In den Lungenheilstätten Friedrichsheim und Luisenheim, Post Sandersheim, im bad. Schwarzwald, ist sofort eine

### Arztstellen

zu besetzen.

Gehalt 2000 Mark, steigend jährlich um 200 Mark bis 2400 Mark und freie Station und Wäsche. Verpflichtung auf ein Jahr bei vierjährlicher Kündigung. Gest. Bewerbungen nebst Zeugnisabschriften und Lebenslauf mit Angabe von Alter, Konfession, Gesundheitszustand usw. alsbald erbeten an

Direktion der Heilstätten Friedrichsheim und Luisenheim.

### Ausschreiben.

Bei dem adeligen Albert-Karolinen-Stift hier ist eine Prämie von jährlich 600 fl. = (1028 R. 57 Pf.) zu vergeben.

Bewerbungen um dieselbe sind unter Nachweisung:

1. der Verwandtschaft mit den Stiftern, sowie

2. unter Vorlage von Geburtschein, 3. Stittzeugnis,

4. einem glaubwürdigen amtlich beglaubigten Nachweis der Vermögensverhältnisse bis zum 15. August b. J., schriftlich, portofrei bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Freiburg, den 1. Juli 1909.

Der Vorsitzende der Exekutorie des Albert-Karolinen-Stifts:  
Graf Constantin von Pennin.

### Brennholzversteigerung.

Grohh. Forstamt Staufen I versteigert aus Domänenwald Kröppach am Donnerstag, den 22. Juli 1909 im Galtshause zum Rebstod in Grunern von Morgens 10 Uhr an:

197 Ster buchenes, 52 Ster eichenes, 3 Ster kastanienes und 665 Ster tannenes Scheitholz; 26 Ster buchenes, 7 Ster eichenes und 24 Ster tannenes Prügelholz; 139 Ster Reispügel.

Domänenwaldhüter Hermann in Grunern zeigt das Holz vor.

### Bergebung von Bauarbeiten.

Die Arbeiten für die Wasserversorgung des Maschinenhauses im Freiladbahnhof Fforzheim sollen nach Maßgabe der Verordnung Grohh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Jan. 1907 vergeben werden. Dieselben bestehen in der Herstellung der Wasserleitung aus 150 und 125 mm weiten Normalmuffendrehen von etwa 169 m Länge.

Die Pläne und Bedingungen, welche nach auswärts nicht berichtigt werden, liegen auf dem Eisenbahnbureau, Rudolfstraße Nr. 8/II, in Fforzheim zur Einsicht offen, wofolbst auch die Angebotsformulare zu er-

heben sind. Nach Einzelpreisen gestellte Angebote sind bis längstens Freitag, den 30. Juli 1909, vormittags 11½ Uhr, verschlossen, portofrei und mit der Aufschrift: „Angebot auf die Wasserversorgung Fforzheim“ versehen, an Grohh. Bahnbauinspektion in Durlach, Auerstraße 11, einzureichen, wofolbst die Eröffnung stattfindet.

Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen.

Durlach, den 13. Juli 1909.  
Grohh. Bahnbauinspektion.

### Eisenkonstruktion.

Nach Maßgabe der Verordnung Grohh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907 vergeben wir zur Erstellung einer Feldwegunterführung bei Station Söllingen der Bahnlinie Durlach-Mühlacker im öffentlichen Wettbewerb die Eisenkonstruktion mit einem Gesamtgewicht von ungefähr 13 800 kg für eine Eisenbahnüberführung von 4,8 m Stützweite.

Bedingnisheft, Zeichnungen und Gewichtsberechnung liegen auf unserer Inspektion, Auerstraße 11, zur Einsicht auf. Angebotsformulare sowie Zeichnung und Gewichtsberechnung können, solange Vorrat reicht, zum Preise von 80 Pfennig bei vorheriger bestellgeldfreier Einfindung des Betrages (nicht Briefmarken) von uns bezogen werden.

Die Angebote sind verschlossen und portofrei mit der Aufschrift „Eisenkonstruktion Söllingen“ bis längstens Samstag den 31. Juli 1909, 11 Uhr vormittags, dem Termin der Eröffnung bei uns einzureichen. A.680.2.1

Zuschlagsfrist 3 Wochen.  
Durlach, den 10. Juli 1909.  
Grohh. Bahnbauinspektion.

### Bergebung v. Hochbauarbeiten.

Für den inneren Ausbau des neuen Aufnahmsgebäudes auf dem Bahnhof in Steinach sollen nachstehende Arbeiten gemäß den Bestimmungen Grohh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907 öffentlich vergeben werden und zwar:

1. Verputzarbeiten, beiläufig 800 qm Deckenverputz („Abelbede“), 1040 qm innerer und 300 qm äußerer Wandverputz.

2. Mauerarbeiten, beiläufig 100 m Dachanlage, 30 m Abfallrohren und 44 m Ortsgänge.

3. Glasarbeiten, beiläufig 12 qm ein- und zweiflügelige und 42 qm drei- und vierflügelige Kastentüren.

4. Schreinerarbeiten, beiläufig 150 qm Asphalt-Parquet-Fußböden, 105 qm Kiemenböden, gestemmte Eingangstüren und Wohnungstüren, gestemmte Fenster- und Wandbrüstungen usw.

5. Schlosserarbeiten, Aufschlagen der Eingangstüren und Wohnungstüren, Schalterfensterbeschläge usw.

6. Maler- und Anstreicherarbeiten, beiläufig 1100 qm dreimaliger und 90 qm viermaliger Ölfarbenaufstrich, 300 qm Kalkfarbenanstrich, 700 qm Leimfarbenanstrich usw.

7. Tapezierarbeiten, beiläufig 600 qm Tapezierung.

8. Kalladenlieferung, beiläufig 50 qm Kläne und Bedingungen liegen bei unterzeichneter Behörde vom 14. bis 20. Juli, sowie auf dem Bauureau in Steinach vom 21. bis 29. Juli zu den üblichen Geschäftsstunden an Verträgen zur Einsicht auf, wofolbst auch die Angebotsformulare erhoben werden können. Zusendung von Zeichnungen, Bedingungen und Angebotsformularen findet nicht statt.

Die Angebote sind vollständig ausgefüllt, ausgerechnet und unterschrieben bis spätestens

Donnerstag den 29. Juli 1909, nachmittags 5 Uhr,  
verschlossen, portofrei und mit der Aufschrift „Angebot auf Hochbauarbeiten“ versehen, an uns einzureichen.

Zuschlagsfrist 14 Tage.  
Durlach, den 14. Juli 1909.  
Grohh. Bahnbauinspektion I.

### Belgisch-Südwestdeutscher Güterverkehr.

Mit Gültigkeit vom 1. August 1909 werden die badischen Stationen Aglasterhausen und Hirschhorn in die Tarifbestimmungen 6a und 6b, sowie in den Ausnahmestufen für Steintohlen usw. Belgien-Baden aufgenommen. A.651

Karlsruhe, den 13. Juli 1909:  
Namens der beteiligten Verwaltungen:  
Grohh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

### Deutscher Levanteverkehr über Hamburg seewärts.

Mit Gültigkeit vom 15. Juli l. J. wird die Station Friedrichsfeld Bad. Bahn in den direkten Verkehr einbezogen. Die angewendenden Frachtsätze werden in unserem nächsten Tarifanzeiger bekannt gegeben. A.677

Karlsruhe, den 15. Juli 1909.  
Grohh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.